

# „Non!“ „Nee!“ „No!“ - „Nein?“

## Gegen die neue EU-Verfassung! Gegen ein neoliberales, militarisiertes Europa der Großbanken, Rüstungs- und Energiekonzerne!

Die vollständige Einbindung von Gewerkschaftslinken, von linken Sozialdemokrat/inn/en und Grünen sowie der PDS in das Regierungs- und Herrschaftssystem der BRD und die damit einhergehende Transformation linksliberaler und bürgerlich-linker Kräfte – und ihrer Medien - zu einer „neuen Mitte“ haben die Räume für eine radikale linke Politik, die die Masse zu erreichen und eine Hegemonie zu erlangen sucht, eng werden lassen. Dadurch steht die radikale Linke in der BRD in einer Sackgasse, aus der so schnell kein Weg wieder herausführt. Zwar gibt es hier und da interessante Entwicklungen in der Theorieproduktion, ihre Ergebnisse führen aber kaum noch zu einer praktikablen Politik, die sich einzumischen vermag und Dinge positiv verändern oder verhindern kann. Es wird zwar viel geredet und geschrieben, aber meistens verbleiben die produktiven Anstöße in den Köpfen. So gab es in den vergangenen Jahren kein einziges Projekt, das entschlossen und vor allem gemeinsam von der radikalen Linken entwickelt und verfolgt wurde.

Als z.B. die Anti-Hartz-Bewegung im Frühsommer 2004 entstand und Anlaß zur Hoffnung gab, witterten vor allem die kleinen und Kleinstparteien Morgenluft. Ihr Streit um die Führung dieser Bewegung hatte alsbald ihre Spaltung zur Folge, was einen effektiven Widerstand gegen die Hartz-Gesetze und gegen die sogenannte Gesundheitsreform verunmöglichte. Und ein ernsthaftes Überschwappen der berechtigten Wut über die rotgrüne, im Kern neoliberale Regierungspolitik Richtung Westen blieb aus.

Gleichzeitig wurden aber immer mehr Herrschaftsprojekte kaltschnäuzig und nahezu ohne Widerstand durchgezogen. Zum Teil aus Angst davor, von staatstragenden „linken“ Kräften in die nationalistische Ecke gedrängt zu werden, wurde beispielsweise nichts gegen die Einführung des Euro unternommen – nach dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien eines der ersten Kommandounternehmen einiger neoliberal agierender Regierungen Mittel- und Südeuropas, die Europäische Union (EU) wirtschafts-, sozial- und militärpolitisch neu auszurichten - und sie weiter zu entdemokratisieren. Und aktuell war von einem Widerstand gegen die neue EU-Verfassung hierzulande kaum etwas zu spüren, vielleicht aufgrund ähnlicher Einschüchterungen, vielleicht aber auch, weil der radikalen Linken die Resonanzräume genommen wurden. Dabei bietet der nach wie vor zur Ratifizierung stehende, von den Repräsentant/inn/en der EU-Mitgliedsstaaten bereits unterzeichnete Entwurf einer EU-Verfassung genug Anlaß zu seiner Ablehnung. Jede/r Linke, die/der diesen Vertrag auch tatsächlich liest, *muß* einfach gegen ihn sein. Insofern verwundert es nicht, daß die französische Bevölkerung, die aufgrund des Referendums in ihrem Land diesen Vertragstext vor der Abstimmung in die Haushalte geschickt bekam, mehrheitlich diese Verfassung ablehnte.

### **These 1: Die neue EU-Verfassung ist weniger eine Verfassung als vielmehr ein neuer EU-Vertrag.**

Am 1. Mai 2004 wurde die EU um weitere zehn Staaten vergrößert – bis auf zwei Ausnahmen alles Staaten aus dem ehemaligen staatssozialistischen Lager. Die Einbindung - oder besser: die Kolonialisierung dieser Staaten, das heißt ihrer Volkswirtschaften, Armeen und Bevölkerungen, machte einen neuen EU-Vertrag nötig. Erst wenn man sich diesen Umstand klar macht, kommt man darauf, daß nicht die Gewährung dürftiger Bürgerrechte, die in diesem Vertragswerk zu finden sind und ihm den Charakter einer Verfassung verleihen sollen, im Mittelpunkt stehen, sondern die unscheinbar daherkommenden „Protokolle“ über den Prozeß des „Beitritts“ am Ende des Verfassungstextes, z.B. jene Bestimmungen über die Zerschlagung und Privatisierung der immer noch staatlich organisierten Kohle- und Stahlindustriellen in Polen sowie in der Tschechischen Republik oder der Übernahme der Nuklearindustriellen Litauens sowie der Slowakei durch westliche Energiekonzerne. Die Einzelmaßnahmen werden zwar seit längerem betrieben - die genannten Privatisierungen laufen z.B. seit 2004 und sollen 2006 bereits abgeschlossen werden -, dennoch fehlte bislang ein Nachfolgevertrag des Vertrages von Nizza, der alles auf EU-Ebene verbindlich regelt.

Ein weiterer Baustein neoliberaler EU-Politik ist das in der Verfassung verankerte Verbot von Subventionen in den „Beitrittsstaaten“, was den Ausverkauf an westliche Großbanken und Konzerne erleichtern soll, da viele Industriezweige ohne Subventionen auf dem „freien Markt“ nicht existenzfähig sind. Und was stattdessen als „Finanzhilfe“ aus der „Union“ daherkommt, macht die osteuropäischen Ökonomien lediglich noch abhängiger. Ein weiterer Hinweis darauf, daß es in der „Verfassung“ vor allem um ökonomische Interessen geht, statt - wie z.B. die Deutschen es vom Grundgesetz her kennen -, um die Verbriefung persönlicher Freiheitsrechte, bietet ein nicht zu vernachlässigendes Detail des Vertrages, das wohl kaum in einer gewöhnlichen „Verfassung“ stehen würde. In einem „Protokoll“ wird die jährliche Einfuhrmenge von auf den niederländischen Antillen raffinierten Erdölzeugnissen festgelegt und ihre Aufteilung auf einige der kapitalistischen Hauptländer der EU bestimmt: „Deutschland 625 000 Tonnen, Belgisch-luxemburgische Wirtschaftsunion 200 000 Tonnen, Frankreich 75 000 Tonnen, Italien 100 000 Tonnen, Niederlande 1 000 000 Tonnen“. Was besagt diese Aufstellung? Ist dies das

von Rotgrün so oft negierte „Kerneuropa“? Wenn ja, dann hat es jüngst eine von der Bevölkerung zweier dieser Länder erzeugte Kernspaltung erfahren.

*Hintergrund:* Wie bei der „Abwicklung“ der DDR-Ökonomie in den 1990er Jahren übernehmen zunächst die Staaten im Osten den Um- und Abbau der Noch-Staatsbetriebe einschließlich Massenentlassungen und Maßnahmen zur Säuberung der Umwelt, bis das westliche Kapital sich die Filetstücke der dann ehemaligen Staatsbetriebe herauspicken darf. Die Kosten dieser „Abwicklung“, also z.B. der Privatisierung von Staatsunternehmen der Montanindustrie oder der Zerschlagung anderer Wirtschaftszweige, trägt die Bevölkerung der „Beitrittsländer“. Und damit sich kein effektiver Widerstand hiergegen formieren kann, werden die nötigen Bestimmungen in ein Vertragswerk eingebunden, aus dem die Regierung eines „Beitrittslandes“ nicht so leicht wieder herauskommt. Denn gegen eine einfache Bestimmung zu verstoßen, kostet „nur“ viel Geld. Gegen die Bestimmungen einer *Verfassung* zu verstoßen, die in jedem Fall gegenüber dem nationalen Recht Vorrang hat, hat aber daneben noch ganz andere rechtliche Konsequenzen. Mit der neuen EU-Verfassung sollen also die derzeitigen und künftigen Regierungen in den osteuropäischen EU-Ländern umso wirkungsvoller an die Kette gelegt werden. Und die EU wird weiterwachsen: Ihre Zukunft erscheint orange - und ist doch blutrot!

### **These 2: Die neue EU-Verfassung ist ein Aufrüstungsvertrag.**

Was in der Bundesrepublik seit einigen Jahren mit der Umstellung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer sogenannten Interventionsarmee vollzogen wird, die inzwischen weltweit im Einsatz ist, soll nun auch EU-weit durchgesetzt werden. Der neue EU-Vertrag verpflichtet alle 25 Mitgliedsstaaten darauf, schrittweise und kontinuierlich aufzurüsten. Um diesen Prozeß zentralistisch zu überwachen, wird ein Aufrüstungs-Kontrollgremium geschaffen, das im Vertrag „Verteidigungsagentur“ genannt wird. Außerdem sollen die EU-Staaten darauf verpflichtet werden, 10 Prozent der staatlichen Forschungsausgaben in die militärische Rüstungsforschung zu stecken.

*Hintergrund:* Im Gefüge der Weltmacht USA und ihrer europäischen (NATO-)Verbündeten soll die EU zu einem starken Partner aufgerüstet werden, der einen Teil der notwendigen Dreckarbeit übernehmen soll, die weltweiten, kapitalistischen Ausbeutungsstrukturen aufrechtzuerhalten. Neben der Aufrüstungsverpflichtung garantieren Megafusionen der großen europäischen Rüstungskonzerne trotz der gegenwärtigen Krise ein stetiges Wachstum im Rüstungssektor. Das Gerede von einem neuen, mit den Vereinigten Staaten konkurrierenden Machtblock Europa ist zwar nicht ganz falsch, da es tatsächlich eine gewisse imperialistische Konkurrenz bei der Ausbeutung von Regionen im Süden und Osten (von Europa aus gesehen!) gibt. Darüber hinaus stehen große Konzerne beider Seiten z.B. in der Luft- und Raumfahrt sowie im Bereich der Energie- und Rüstungsindustrie in Konkurrenz zueinander. Es sollte aber nicht vernachlässigt werden, daß die europäische Wirtschaft im Handels- und Bankenwesen sowie im Bereich der Forschung – vor allem in der Rüstungsindustrie - eng mit der US-amerikanischen Wirtschaft verflochten ist, daß es gemeinsame strategische Interessen sowie ein festes militärpolitisches Bündnis gibt. Und es gibt noch viel gewichtigere Faktoren, die darauf schließen lassen, daß die strategische Partnerschaft Europas mit den Vereinigten Staaten noch lange fort dauern wird, so die „Gefahr“ eines möglichen „Aufstieges“ anderer Konkurrenten, also z.B. Rußland, China und Indien.

### **These 3: Die neue EU-Verfassung ebnet den Weg zu neuen Kriegen.**

Einzelne EU-Staaten verlieren nicht nur bei der Aufrüstung, sondern im gesamten militärischen Bereich ihre Souveränität und werden darauf verpflichtet, ihre militärischen Kräfte sogenannten „battle groups“ (=Schlachtgruppen, alles klar?) zur Verfügung zu stellen. Damit soll zunächst eine bis zu 60.000 Soldaten umfassende EU-Armee aufgestellt werden. Angefangen bei der angeblichen Terrorbekämpfung außerhalb Europas über sogenannte „Frieden schaffende Militäreinsätze“ nach Konflikten bis zur Aufrechterhaltung bedeutender Handelswege sowie des Zugangs zu wichtigen Rohstoffen bietet die neue EU-Verfassung eine breite Palette von Möglichkeiten, die künftige EU-Armee weltweit kämpfen zu lassen. So gibt es, ähnlich wie im NATO-Vertrag, konkrete gegenseitige „Beistandsverpflichtungen“, z.B. bei Terroranschlägen oder bei der Verletzung der „territorialen Integrität“ eines Mitgliedsstaates. Der Vertragstext ermöglicht auch „Präventivkriege“ der EU-Armee, das heißt Kriege aus einem vermuteten Anlaß, wie z.B. jener, den die US-Regierung mit ihrer stetig schrumpfenden „Koalition der Willigen“ gegen den Irak geführt hat. Das bedeutet, daß mit der geeigneten Propaganda praktisch jedes Land der Erde zum Ziel militärischer Attacken der EU werden kann. Im übrigen kann ein solcher Angriffskrieg, wenn „Eile“ geboten ist, vom künftigen EU-Außenminister und dem „Rat“, gemeint ist der Ministerrat der EU, entschieden werden. Die nationalen Parlamente werden in diesem Fall überhaupt nicht mehr benötigt.

Der EU-Außenminister, ebenfalls ein novum im neuen EU-Vertrag, hat überhaupt eine herausragende Stellung. Neben seiner bereits skizzierten Machtfülle steht er einem Ministerium vor, das sich sämtlicher Kenntnisse der

nationalen Geheimdienste bemächtigen kann. Dieser „Superminister“ kann sich also künftig seine Kriege basteln, je nachdem, was z.B. aus Industriekreisen mit dem nötigen Druck gewünscht wird.

*Hintergrund:* Der „Westen“, zu dem die tonangebenden EU-„Kernstaaten“ Frankreich, die BRD und Großbritannien zählen, fürchtet um seinen ungehinderten Zugang zu für Konzerne und Banken gleichermaßen wichtige Ressourcen, wie Wasser, Öl, Gas, Nuklearmaterial, Erze und Edelmetalle. Es sind vor allem die Banken und Konzerne dieser und anderer kapitalistischer Hauptländer, die heute die EU-Politik bestimmen. Sie legen sich über ihre politischen Ausschüsse mit der neuen EU-Verfassung ein militärisches Instrumentarium für die Zukunft zurecht, in der um Ressourcen weltweit militärisch gekämpft wird. Die Weltbank ließ unlängst verlauten, daß die nächsten Kriege um Wasservorkommen geführt werden könnten. Die Frage stellt sich, worum es dann bei den derzeitigen Kriegen geht?

Darüber hinaus, wie kürzlich erst wieder im Fall Syriens und Irans zu beobachten war, wird das bloße Androhen militärischer Gewalt für die Diplomatie zunehmend wichtiger. Da will die EU künftig sicherlich nicht abseits stehen. Und bereits angesprochen wurden die möglichen (wirtschaftlichen und militärischen) Konfliktsituationen mit China oder anderen Groß- und Mittelmächten aus dem europäisch-asiatischen Raum.

#### **These 4: Die neue EU-Verfassung zentralisiert die politische Entscheidungsfindung und entmündigt die Menschen.**

Über Militäreinsätze der EU-Armee entscheidet künftig der Ministerrat. Wie bereits gesagt, kann der neu geschaffene EU-Außenminister Vorschläge unterbreiten – und mit der nötigen Propaganda selbst unterfüttern. Begründet wird dies damit, daß solche Entscheidungen schnell gefällt werden müssen. Eine parlamentarische Kontrolle inklusive Rückrufrecht der Truppen ist nicht vorgesehen. Die Parlamente der Mitgliedsstaaten sowie das EU-Parlament bleiben bei dieser und bei anderen wichtigen Entscheidungsfindungen außen vor. Sie erfüllen eigentlich nur noch die Funktion, eine demokratische Struktur vorzugaukeln. In der EU-Verfassung ist auch eine Grundrechte-Charta eingebaut. Sie bleibt jedoch weit hinter dem zurück, was von Seiten der Nichtregierungsorganisationen von den Vertragsverhandlungen erhofft wurde. Beispielhaft ist die Verkümmern der Formel „Recht auf Arbeit“, die sich im endgültigen Vertragsentwurf auf „das Recht, zu arbeiten“ reduziert hat.

*Hintergrund:* Die Verfassung wurde weder von einfachen EU-Bürger/innen noch für diese verfaßt. Der Vertragstext gibt vor allem die Interessen der geistigen Urheber, nämlich der Großbanken und Konzerne wieder. Aus den obersten Konzernetagen betrachtet sind alle Menschen lediglich potentielle Arbeitskräfte oder Konsument/innen, die man am liebsten nach allen Regeln der Kunst (wie z.B. nach der „Bolkestein-Methode“, also der vollständigen Arbeitsentrechtung) ausbeuten oder einfach links liegen lassen möchte. Somit findet sich in keinem der Artikel der Grundrechtecharta etwa ein Recht auf ein garantiertes Grundeinkommen oder auf eine andere soziale Absicherung. Auch das gewährte Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Datenschutz) wird mit einem kleinen einschränkenden Hinweis zur Makulatur. Andere bürgerliche Freiheitsrechte (z.B. die Unverletzlichkeit der Wohnung oder das Recht auf eine solche) sucht man im Text vergebens, von einem tatsächlichen Recht auf Asyl oder Einwanderung ganz zu schweigen. Kurzum: Das Zustandekommen der neuen EU-Verfassung zeigt, daß die Konzernmanager und Lobbyisten entscheiden, der EU-Ministerrat, manchmal auch das EU-Parlament, diese Wünsche umsetzt, die nationalen Parlamente maximal hier und da ein bißchen rummäkeln dürfen und die Wähler/innen und Nichtwähler/innen gleichermaßen in die Röhre kucken, aber nichts erfahren.

#### **These 5: Die neue EU-Verfassung diktiert die marktliberale Wirtschaftsordnung.**

Im neuen EU-Vertrag wird das neoliberale Wirtschaftsmodell sowohl für den Binnenmarkt als auch nach außen festgeschrieben. Das heißt, daß sämtliche Wirtschaftsbereiche der freien Konkurrenz ausgesetzt werden, auch solche, die aufgrund ihres existenziellen und damit besonders sensiblen Charakters für die Menschen in den meisten Ländern bisher staatlich organisiert waren (Wasser- und Gesundheitsversorgung sowie die Bereiche Bildung und Soziales, also z.B. das Renten- und andere soziale Sicherungssysteme). Dieser per „Verfassung“ verordnete Zwang zur Privatisierung, der sich im übrigen mit sämtlichen Liberalisierungs- und Privatisierungsvorstellungen der Welthandelsorganisation (WTO) – und damit der führenden Dienstleistungs- und Energiekonzernchefs - deckt, weckt natürlich schlafende Hunde! Zu befürchten ist der weitgehende Ausverkauf an den Meistbietenden und die damit einhergehende Verschlechterung dieser Dienstleistungsbereiche sowie die totale Abhängigkeit aller Menschen von einigen wenigen Großkonzernen und -banken. Auch die hier und da noch spärlich vorhandene Gewerkschaftsmacht wird mit dem EU-Vertrag weiter zurückgedrängt, denn auf garantierte Mindest- bzw. Tariflöhne oder Arbeitsnormen, wie z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder maximale Wochenarbeitszeiten, wird – in neoliberalen Zeiten selbstverständlich - ganz verzichtet.

Nach außen wird „Freihandel“ gepredigt, der bei näherer Betrachtung gar keiner ist: Die Güter, die in den europäischen Wirtschaftsraum hinein- oder aus ihm herausströmen, tun dies zu von den EU-Mitgliedsstaaten festgelegten Bedingungen. Für die Exporte in Entwicklungsländer gibt es kaum Beschränkungen, aber der Zufluß von Waren aus diesen Ländern wird durch Importzölle und –quoten beschränkt. Von „Freihandel“ kann also keine Rede sein, denn im Kapitalismus diktiert immer der Stärkere die Bedingungen, und dem Schwächeren bleibt nichts anderes übrig, als zu gehorchen.

*Hintergrund:* Es dürfte kein Geheimnis mehr sein, daß in den europäischen Volkswirtschaften immer mehr Staatsbetriebe und Bereiche staatlicher Daseinsvorsorge (Energie-, Wasser-, Sozial- und Gesundheitsversorgung) privatisiert und somit einzelnen Konzernen und Großbanken übereignet werden. Versprochen wird dabei immer die Verbesserung der Qualität dieser Dienstleistungen, da private Anbieter dies angeblich besser können als staatliche. Daß es sich hierbei um eine Lüge handelt, hat sich schon oft gezeigt. In der Bundesrepublik sind die Privatisierungen der Post und der Telekommunikation, der Energiewirtschaft sowie des Bahnverkehrs beredtes Beispiel: Die Leistungen bzw. der Service haben sich häufig qualitativ verschlechtert - bei gleichzeitiger Verteuerung. Dies hat mit der monopolhaften Stellung der Konzerne zu tun, die sich nun unkontrolliert auf Profitmaximierung anstelle der vorherigen Bedarfsorientierung (zumindest dem Anspruch nach!) ausrichten können. Eine Korrektur von Seiten der von ihnen vollständig abhängig gewordenen Konsument/inn/en ist nicht zu erwarten. Richtig fatal wird diese Entwicklung für die Bevölkerung jedoch erst, wenn das Wasser, die Bildung und die Gesundheitsversorgung sowie die anderen sozialen Sicherungssysteme privatisiert werden. Dann könnte Erwerbslosigkeit und Altersarmut wieder massenhaft Hunger in Europa bedeuten. Das gab es zuletzt zu Weltkriegszeiten, weshalb die aktuelle politische Entwicklung häufig als „Weltwirtschaftskrieg“ bezeichnet wird.

### **These 6: Die neue EU-Verfassung garantiert auch künftig den Ausbau der risikoreichen Atomenergie und schwächt die Umweltlobby.**

Zum Bereich Umweltschutz äußert sich der EU-Vertrag nur sehr zurückhaltend. Insgesamt könnte man sagen, daß der Umweltschutz trotz der Erkenntnisse aus den 1980er und 1990er Jahren keinen Verfassungsrang erhält. Auch der EURATOM-Vertrag bleibt von der Verfassung unberührt, und so steht schon bald in Europa statt einem Atomausstieg eine Erneuerung der Kernenergie-Industrie zu befürchten. Wenn beispielsweise in Litauen und der Slowakei die Atomkraftwerke, wie in der Verfassung festgelegt, abgebaut werden, könnten dort schon bald neue Kraftwerkstypen gebaut werden – vielleicht von einem deutsch-französischen Konsortium.

*Hintergrund:* Ebenso wenig wie die Gewerkschaften konnten die Umweltorganisationen und die Menschenrechtsgruppen aus dem Lager der Nichtregierungsorganisationen Einfluß auf die EU-Vertrags-Verhandlungen nehmen. Und offenbar gab es auch von der Bundesregierung keinen ernsthaften Willen, einen europaweiten Atomausstieg zur Disposition zu stellen. Dies alles sagt einiges über die Verlogenheit von Rotgrün sowie über die wahren Kräfteverhältnisse innerhalb der EU aus: Die Konzerne bestimmen alles, und die Menschen werden zu Konsument/inn/en ohne jegliche Rechte abgestempelt.

### **Fazit: Der Widerstand muß würdig und entschlossen sein! Oder er wird nicht sein!**

Gerade die neue EU-Verfassung bietet einer radikalen Linken, die nicht nationalistisch, sondern international vernetzt agiert, und die ohne einen avandgardistischen oder populistischen Einschlag, sondern würdig und widerständig handelt, ein weites Betätigungs- und Legitimationsfeld. In der Verfassung wird eine mögliche Zukunft für Europa und die Welt deutlich sichtbar. Eine fürchterliche Zukunft. Es ist die Zukunft einer fürchterlichen Gegenwart. Gegen diese Pläne der Herrschenden muß etwas passieren - gerade auch hier in der BRD, wo sich so ungeheuer viel Konzernmacht konzentriert hat: Die Global Player müssen angegriffen und ihre absolute Herrschaft delegitimiert werden!

Es geht schon lange nicht mehr darum, Recht zu haben. Und es geht nicht darum, eine Chance zu nutzen, um eine wirklich linke Hegemonie hinzubekommen – oder eine Hegemonie innerhalb der Bewegung -, sondern es geht darum, sich eine Gegenwart und Zukunft zu schaffen, in der man als Mensch in Würde leben kann und will.

**Edo Schmidt**